

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Erich Krennhold.
Für die Inserate verantwortlich:
Walter Kraus
beide in Aue.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Druck und Verlag:
Gebrüder Bentzner
(Inh.: Paul Bentzner)
in Aue.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 55.
Für unvollständig eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Verlagspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 M. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 M. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungsverzeichnis. — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebüht werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingelegt.
Inserationspreis: Die beidseitige Korpusseite oder deren Raum 10 Pfg., Reklamen 25 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 10 Seiten.

Das Wichtigste vom Tage.

Staatssekretär Dernburg beabsichtigt, seine Reise nach Deutsch-Südwestafrika bereits im Mai anzutreten. (S. pol. Tgösch).

Der englische Torpedobootzerstörer Tiger ist gesunken, wobei 36 Mann umkamen. (S. N. a. a. Welt u. Tel).

Im Anschluss an die Straßentumulte in Rom ist dort der Generalfreik proklamiert worden. (S. Tel).

Reichsfinanzsekretär Sydow wird sich demnächst nach Dresden, München, Stuttgart und Karlsruhe begeben, um sich mit den für die Mitarbeit an der Reichsfinanzreform in Betracht kommenden Persönlichkeiten in Verbindung zu setzen.

Gegen ein Mitglied der spanischen Königsfamilie soll gerichtlich ein Attentat verübt worden sein. (S. Tel).

Russischer Wind.

In dem Teile der russischen Presse, der der Regierung fast bedingungslos ergeben ist, wird seit längerer Zeit eine Politik getrieben, die darauf hinausläuft, die Deutschen als die Sündenböcke für alles Unglück, das Rußland in den letzten Jahren erfahren hat, darzustellen. Die Art, wie das russische Gouvernement dabei zu Werke geht, ist nicht ohne psychologische Feinheit. Seit dem Ausbruch der inneren Unruhen haben sich die Deutschen bei dem russischen Volke wenig beliebt gemacht, weil sie fast überall den Freiheitsbestrebungen entgegengetreten sind oder wenigstens ihnen völlig kalt gegenüberstanden haben. In der russischen höheren Beamtenwelt finden sich viele Träger deutscher Namen, im Kaukasus ist fast die ganze Gendarmarie von oben bis unten deutscher Herkunft. Die Rolle, welche die baltischen Barone in den Ostseeprovinzen während der Revolutionsjahre gespielt haben und noch spielen, ist bekannt; mag ihnen andererseits auch später böse mitgespielt worden sein, so ist das doch gewissermaßen in zweiter Linie geschehen, nachdem sie den Emanzipationsbestrebungen des schwer bedrückten Bauernvolkes mit dem unbeugsamsten Starrsinn begegnet waren. Ueberdies herrscht in weiten Kreisen Rußlands der Glaube, daß auch die deutsche Regierung der Niederdrückung aller freiheitlichen Bestrebungen mit geheimer Sympathie folge. Es schwirren sogar die unerhörtesten Gerüchte durch das Riesengebiet hinsichtlich gewisser materieller Beihilfen, die Deutschland dem Zarismus bleibe oder geboten habe. Das ist natürlich vollendeter Unsinn, denn der deutschen Reichsregierung stehen keine Mittel zur Verfügung, die nicht vorher in öffentlicher Sitzung vom Reichstage bewilligt worden wären. Wenn überdies die Russen bedächten, wie übel unsere eigene finanzielle Lage ist, so würden sie den Widerspruch solcher Gerüchte wohl erkennen, deren man nur deshalb Erwähnung zu tun braucht, um zu zeigen, wie tief im gesamten russischen Volke die Abneigung gegen das Deutschland gegenwärtig steht.

Diese Stimmungen, die sich im Grunde gegen das Regierungssystem in Rußland richten, baut nun die russische Regierung dahin aus, das Deutschland zum Sündenbock für ihre eigene Miswirtschaft zu machen. Die Regierungspresse verkündigt, daß an den japanischen Niederlagen die Offiziere und Generale deutscher Namen schuldig seien, daß die Hegemonie des deutschen Elementes in der Beamtenschaft die Ursache der allgemeinen Korruption sei, und daß schließlich die deutsche Gewandtheit den Anstoß zu jener Intransigenz gegeben habe, die es der Regierung unmöglich mache, aus dem Chaos des revolutionären Radikalismus greifbare Reformideen herauszufinden und zur Durchführung zu bringen. — Bei der Kritikalität des öffentlichen Geistes und bei der Gebundenheit der Presse in Rußland besteht keine Möglichkeit, dieses Spiel aufzudecken, dessen freies Ziel es ist, die allgemeinen Stimmungen für die Eruktion eines Coups gegen Deutschland parat zu halten. Bekanntlich macht Rußland seit einiger Zeit Versuche, sich auf den am Eingange des Baltischen Meerbusens gelegenen Alands-Inseln fortifikatorisch einzunisten, wiewohl dem Deutschen Reich ein Einspruchsrecht dagegen zusteht. Das würde auf eine offene Brüstung Deutschlands hinauslaufen. Im Hintergrunde dieser ganzen Politik steht auch das Bestreben, Deutschland für den Fall ins Unrecht zu setzen, daß es zu ernstlichen Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei kommt. Alsdann ist anzunehmen, daß wir die guten Beziehungen zur Türkei unter allen Umständen anstreben zu erhalten bestrebt sein werden, eine Neutralität, deren zweifellos wohlwollender Charakter von Rußland als Feindseligkeit gedeutet werden wird.

Deutschland hat mit Rußland keine Handel, aber an den Sympathien der Tataren geknüpft. Wenn es dem Deutschen Reich nicht fehlen, wenn es wichtiger Bestreben ist als bisher, dem russischen Vär die Taten zu streicheln. Die an Rußland ver-

schwundene deutsche Liebenswürdigkeit hat sich bisher so wenig verjüngt wie das deutsche Kapital, das nach Rußland gewandert ist. Selbst in der konservativen Presse Deutschlands, die in der Rußenfreundschaft sonst sich nie genug tun konnte, macht sich jetzt ein energischer Ton der Zurückweisung gegen die russischen Trübsal geltend. Vielleicht daß das auch in bezug auf unsere sonstigen Verhältnisse einen Umschlag bedeutet, was auf das innigste zu wünschen wäre.

Deutscher Reichstag.

139. Sitzung. B. Berlin, 3. April.

Die Beratung des Vereinnahmungsgesetzes

wird fortgesetzt bei §§ 3 und 3a, die von der Anzeigepflicht für öffentliche politische Versammlungen handeln.

Die Abgg. Trimborn (Zentr.) und Hildbrand (Soz.) begründen Abänderungsanträge. Staatssekretär Bethmann-Hollweg: Ich möchte den beiden Vorrednern doch zu erwägen geben, ob sie sich nicht bei ihren Bedenken doch starke Uebertreibungen haben zulassen können lassen. Zunächst einmal ist die Anzeigepflicht beschränkt lediglich auf öffentliche Versammlungen, und zwar auch nur auf solche öffentliche Versammlungen, die sich mit politischen Angelegenheiten befassen. Wir haben hier doch eine weitgehende Liberalisierung in den gesetzlichen Bestimmungen vor, die weit über das hinausgeht, was gegenwärtig in Preußen zu Recht besteht. Weshalb gehen Sie da mit solcher Schärfe vor? Abg. v. Dziembowski-Pomian (Vole) beantragt eine etwas andere Fassung des § 3. Abg. Müller-Meinigen (reil. Vgl.): Gegen eine bestimmte politische Richtung dürfen natürlich die gesetzlichen Bestimmungen nicht gehandhabt werden. Jedenfalls muß eine öffentliche Bekanntmachung, die die Anzeige erziehen soll, auch in anderen als amtlichen Blättern erfolgen dürfen. Ich hoffe, daß der Staatssekretär dem zustimmt! (Beifall.) Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Diese Frage des Vorredners kann ich sehen (Beifall). Die Form der Bekanntmachung muß natürlich so sein, daß die Polizei ohne weiteres beschuldigen weiß, wo und wann die Versammlung stattfindet. Es ist nicht beabsichtigt, daß etwa ein amtliches Publikationsorgan von der Polizei zur Aufnahme der Bekanntmachung als geeignet angesehen werde. (Beifall.) Auch darf nicht die politische Richtung einer Zeitung hierfür entscheidend sein. (Beifall.)

Kunze geht ein Votum ein auf Schluß der Debatte über die §§ 3 und 3a. Hierüber wird von dem Sozialdemokraten mit Unterstützung des Zentrums namentliche Abstimmung verlangt. Diese ergibt Annahme des Debatteeschlusses mit 185 gegen 170 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen. Die somit unverändert gebliebenen §§ 3 und 3a werden sodann nahezu einstimmig angenommen.

Die §§ 4, 4a und 4b betreffen die Versammlungen unter freiem Himmel. Diese sind genehmigungspflichtig. Die Genehmigung soll aber nur verweigert werden wegen Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Nach den Reden der Abgg. Hildbrand (Soz.), Kohl (Zentr.), Kulski (Vole) und des Staatssekretärs werden die §§ 4 bis 4b in der Kommissionsfassung angenommen. Bei § 4c entspinnt sich eine längere Debatte; ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hier abgelehnt.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

93. öffentliche Sitzung.

P. Dresden, 3. April.

Präsident Geh. Rat Dr. Mehnert eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Als Punkt 1 steht auf der Tagesordnung der Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 48 des ordentlichen Etats auf 1908/09, betr.

Polizeidirektion zu Dresden.

Abg. André-Bräunsdorf (Kon.) erstattet namens der Deputation den gedruckt vorliegenden Bericht, aus dem hervorgeht, daß diesmal Mehrforderungen von 359 286 M. gemeinschaftlich vorliegen, also 24 Proz. mehr als im Vorjahr bei diesem Kapitel eingeleistet war. Die Deputation hat sich aber überzeugt, daß diese Mehrforderungen infolge Zunahme der Geschäfte und daher notwendige Vermehrung des Personals gerechtfertigt sind, und beantragt, bei Kap. 48 nach der Vorlage die Einnahmen mit 1 676 995 Mark zu genehmigen, die Ausgaben mit 2 947 531 M., darunter 19 147 M. künftig wegzulassen, zu bewilligen, die Petitionen der Polizeinspektoren, Polizeiwachmeister und der Stadigendarmen, Gehaltsverhältnisse betreffend, der kgl. Staatsregierung als Material für die bevorstehende organische Neuordnung der Beamtenbeförderungen zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Kleinheppler-Wilkau (Natl.) ist gegen die beantragten Mehrforderungen. Er beantragt, das Kap. 48 des Etats nochmals an die Finanzdeputation A zurückzuweisen. Der Antrag wird ausreißend unterstützt. Abg. Dohr-Treuen (Natl.) hält die Mehrforderungen für ausreißend begründet. Abg. Häbner (Freikons.) beantragt die erbetlichen Mehrforderungen bei diesem Kapitel. Abg. Häbner-Purpzig (Kon.) bittet, den Antrag auf Zurückverweisung des Kapitels an die Deputation abzulehnen. Abg. Dr. Jöppel-Leipzig (Natl.): Eine gewisse Vermehrung

der Gendarmen halte auch er für notwendig; seit 1896 sei aber die Zahl der Gendarmen fast verdoppelt worden. Das gebe doch zu bedenken, ob man den Steuerzahlern eine jährliche Mehrausgabe von über 350 000 M. zu zahlen solle. Abg. Grumbt-Losch-witz (Freikons.) fragt, ob denn die Dresdener daran Schuld seien, daß die Kosten für die Polizeidirektion Dresden immer höher würden. Abg. Bettner-Dresden (Natl.): Die Uebernahme der Dresdener Polizei auf den Staat sei nicht erfolgt im Interesse Dresdens, sondern in dem des Staates, deshalb würde es ungerecht sein, wenn man der Stadt die ganzen Kosten aufbürden wolle. Es ist inzwischen ein Schlußantrag eingegangen, der Annahme findet. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird der Antrag Kleinheppler auf Zurückverweisung gegen 5 Stimmen abgelehnt und sodann wurden die Anträge der Deputation gegen 3 Stimmen angenommen.

Die Punkte 2-14 der Tagesordnung betreffen Eisenbahnsachen.

Bei Punkt 2, Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 17 des außerordentlichen Etats auf 1908/09, Vollausbau des Betriebselektrizitätswerkes für die Leipziger Bahnhofsanlagen, beantragt der Berichterstatter Abg. Altherr (Kon.), Titel 17 des außerordentlichen Etats unter Abstrich von 20 000 und 90 000 = 110 000 M. mit 465 000 M. zu bewilligen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die aus Tit. 28 des außerordentlichen Etats für 1904/05 noch verfügbaren 190 000 M. bei dem Vollausbau des Elektrizitätswerkes Leipzig mit verwendet werden, sowie daß Tit. 28 des außerordentlichen Etats für 1904/05 und Tit. 17 des außerordentlichen Etats für 1908/09 untereinander bedienungsfähig sind. Einstimmig wurde der Deputationsantrag angenommen.

Bei Punkt 3 ist Berichterstatter derselben Deputation Abg. Seymann (Kon.), der beantragt, die in Tit. 24 des außerordentlichen Etats auf 1908/09 für Erweiterung des Bahnhofs B o l z t e n s e i n geforderten 306 000 M. unter Abstrich von 11 000 M. mit 295 000 M. zu bewilligen, die Petition des Stadtgemeindevorstandes zu Wollenstein auf sich beruhen zu lassen. Der Deputationsantrag wird einstimmig angenommen.

Bei den Punkten 4-9 referiert im Namen derselben Deputation Abg. Gleisberg-Grimma (Natl.), der folgende Anträge stellt:

zu Punkt 4: Die Kammer wolle sich mit der Fortführung der vollspurigen Nebenbahn B e u t a - Seelingstädt bis Trebsen-Bauschwitz einverstanden erklären und die erforderlichen 370 000 Mark dafür bewilligen;

zu Punkt 5: die Petition von G. H. Ebert in G i p p e um Errichtung einer Haltestelle Gippe der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

zu Punkt 6: die Petition der Gemeinden R o t h e n d a c h und Hartmannsdorf um Errichtung einer Haltestelle für Personenverkehr in Ober-Breßendorf auf sich beruhen zu lassen;

zu Punkt 7: die Petition um den Bau einer Rampe zum Ausladen von Langholz auf dem neuen Güterbahnhofe in Sainsberg für erledigt zu erklären;

zu Punkt 8: die Petition der Gemeinde R e i c h e n h a i n um Benennung der bisherigen Haltestelle Erfenschlag mit dem Namen Reichenhain oder Chemnitz-Reichenhain für erledigt zu erklären;

zu Punkt 9: die Petition des Gemeinderates zu T h i e r - b a c h um Errichtung einer Personenhaltestelle innerhalb der Ortschaft Thierbach der Kgl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Die Deputationsanträge werden sämtlich einstimmig angenommen.

Ueber Punkt 10 bis 14 berichtet Abg. Rentsch (Kon.). Er beantragt namens der Finanzdeputation B zu:

10) Die Petition des Gemeindevorstandes Krötenzschitz in Bärenstein und Genossen um Erbauung einer vollspurigen Nebenbahn Bärenstein-Königswalde-Heyersdorf-Wollenstein auf sich beruhen zu lassen.

11) Die Petitionen des Stadtrats zu W u r z e n und Genossen um Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Wurzen nach Eilenburg der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

12) Die Petitionen des Gemeinderates zu E r l b a c h und Genossen um Fortführung der Nebenbahnen Siebenbaum-Wartneukirchen bis Erlbach der Königl. Staatsregierung zur Er-wägung zu überweisen.

13) Die Petition der Gemeinden O b e r - und N i e d e r - t r i e d e r s d o r f um Errichtung einer Personen- und Güterver-kehrsstelle der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu über-weisen, soweit die Errichtung eines Personenhaltepunktes in Frage kommt, die weitergehenden Wünsche aber auf sich beruhen zu lassen.

14) Die Petition des Komitees für Erbauung einer normal- spurigen Eisenbahn von Grothartmannsdorf nach F o r c h e i m - L i p p e r s d o r f und Genossen um Herstellung dieser Bahn der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, weitergehende Wünsche aber ebenfalls auf sich beruhen zu lassen. — Die Deputationsanträge werden zu sämtlichen Punkten ange- nommen.

R ä t h e S i t z u n g: Montag, 6. April, vormittags 11 Uhr, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Etatsachen, Oberverwaltungs- gericht, Neubau eines Gymnasiums in Plauen sowie Rechnungs- sachen.